

s-Kauf!
 en Posten
tikel
 aufe solche wieder
 gen Preisen:
 2 Paar 50
 ohne Bund, teil- 50
 1-8. Paar 50
 t. gute Qualität, 50
 Stück 50
 Stück 50
 Stück 50
 Stück 50
 1-5 50
 Paar 50
tel 20 % Rabatt

Stück 95
 farblich 95
 Stück 95
 Stück 95
 Stück 95
 Paar 95
 Erdbeeren, gefr. 150
 schöne Farb., St. 250
 teilw. Handarbeit, 250
 Stück 250
 e, Wolle 2
 tel, wie Gendchen,
 weichen, Wagenkissen,
 hoher Auswahl.
Gelegenheitsläufe
 immer zu haben.
uß, Pforzheim
 über Hotel Post).

ng!
ciden
 des Unterkörpers
 gleichzeitig bestanden
 den Beinen, sowie
 gen.
 die Pyrmoor-Kur
 schon nach kurzer
 den Erfolg erzielt, so
 gen, sich wieder zu
 konnte ich schon über
 use anwendbar und
 Leidenden nur auf
 Naturheilanstalt Py-
 vorzüglichen Erfolg
 us.
N. Gärtner.
Pyrmoor-Na-
chen 92, Rosental
1) Seit 25 Jahren
umungen, Nerven-
, Epilepsie, Blat.

Postüme
 und gegebenen Entwürfen
 angefertigt.
am Lager.
sert,
bedienung, Maßschneiderei
mlingstr. 15.

aramellen
 nnen.
 ica, wie gefährlich der Keuchhusten
 Verdübelung, bei Heiserkeit,
 bewährtes Kaiser's Brust-Carré
 Dose 90 Pf.
 Bismarck's Nachl., Inh. C. Pflanz
 th., Bismarck's, Herrenahlr., Apen-
 ge-Drogerie, Oscar Illingstr., Höfer,
 Loder, Fr. Wanner, Dabel, Euph-
 ate sind sicher.

Bezugspreis:
 Monatlich in Neuenbürg
 M. 1.50. Durch die Post
 im Orts- und Oberamts-
 verkehr, sowie im sonst.
 inl. Verk. M. 1.80 m. Post-
 bestellgeb. Preise freibl.
 Preis einer Nummer
 10 Pf.
 In Fällen höh. Gewalt
 besteht kein Anspruch auf
 Lieferung der Zeitung od.
 auf Rückerstattung des
 Bezugspreises.
 Bestellungen nehmen alle
 Poststellen, sowie Agen-
 turen u. Anstregerinnen
 jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
 Gies-Rente Nr. 24
 U. A. Speckh. Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißler'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 18.

Montag, den 24. Januar 1927.

Anzeigenpreis:
 Die einsp. Zeile 200
 deren Raum im Bez. 20,
 außerh. 25 Pf., Reich. 3.
 80 Pf. mit Zus. Steuer.
 Kollekt. Anzeigen 100%
 Zuschlag. Offerte u. An-
 kunftstermin 20 Pf. Bei
 größ. Aufträgen Kal. an,
 der im Falle des Nicht-
 vorfahrens hinfällig, wiew,
 ebenso wenn Zahlung
 nicht innerhalb 8 Tagen
 nach Rechnungsdatum
 erfolgt. Bei Tarifverän-
 derungen treten sofort alle
 früh. Verabredungen
 außer Kraft.
 Gerichtsstand für beide
 Teile: Neuenbürg.
 Für tel. Austr. wird beim
 Gedr. übernommen.

85 Jahrgang.

Deutschland.

Köln, 22. Jan. Kardinal Schulte hat an seine Geistlichkeit einen Erlaß gerichtet, in dem er ersucht, auf eine Versöhnung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinzuwirken. Die Gelobtheit der gegenwärtigen Generation gefährde Religion, Sittlichkeit und Familienleben.

Zweite württembergische Wohnungs- und Heimstättenversammlung.

Stuttgart, 21. Jan. Heute und morgen findet hier die zweite württembergische Wohnungs- und Heimstättenversammlung statt. Die Tagung ist aus dem ganzen Lande von Oberamtmännern, Stadtvorständen und Vertretern der Hausgenossenschaften und Siedlungsvereinen und sonstigen interessierten Verbänden gut besucht. An der Tagung nahm auch der bekannte Vorkämpfer der Bodenreformbewegung, Professor Dr. Damaschke-Berlin, teil. Die Eröffnungssammlung war heute vormittag im Ruppelhof des Kunstgebäudes. Der Vorsitzende des Heimstättenausschusses sämtlicher Spitzenvereine, der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Württemberg, Welmer, begrüßte die zahlreichen Gäste, insbesondere die Vertreter des Innern, Finanz- und Wirtschaftsministeriums, der Stadt Stuttgart, der Landesversicherungsanstalt, der evang. Oberkirchenbehörde und des Bischöflichen Ordinariats. Sodann hielten die Begrüßungsansprachen Ministerialrat Dr. Nische als Vertreter des Ministeriums des Innern, Stadtrat Sacle für die Stadt Stuttgart, Prälat Dr. Schöll für die evang. Oberkirchenbehörde, Domdekan Prälat Dr. Kottmann für das Bischöfliche Ordinariat in Rottenburg, Albrecht für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Kattat für den Allg. Deutschen Beamtenbund, Böhm für den Allg. Freien Angestelltenbund, Hebringer für den Deutschen Gewerkschaftsbund, Garmes für den Gewerkschaftsbund Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände, Daffner für den Reichsbund Höherer Beamten, Probbog für den Württ. Beamtenbund und Labahn für das Heimstättenamt der Deutschen Beamenschaft.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Das erste Referat hielt Ministerialrat Dr. Nische, Vorkämpfer der Wohnungsförderungsanstalt, über die staatliche Wohnungsförderung in Württemberg. Der Redner behandelte zunächst den Umfang der Wohnungsnot. Die Wohnungsnot folgt der Bevölkerung und der Industrialisierung, während sie in den Landgemeinden nicht unerheblich zurückgegangen ist. Am dringendsten ist sie in Stuttgart. In Württemberg fehlen noch 30 000 Wohnungen. Für den jährlichen Neubau ist in Württemberg einzulassen: 3000 Wohnungen zur Behebung der alten Wohnungsnot, 1000 Wohnungen als Ersatz für baufällige oder undogonische Häuser, 500 für durch Brand zerstörte Wohnungen, ferner 5000 Wohnungen als Bedarf für neue Sanatorien, zusammen etwa 10 000 Wohnungen jährlich. Sodann sprach der Redner über die Wohnungsförderungsanstalt und ihre Richtlinien. Die Anstalt hat ihre Grundzüge aus dem Wohnungsbürgerschaftsgesetz von 1913. Die Darlehen werden an Genossenschaften wie an Private, aber nur zur Errichtung von Klein- oder Mittelwohnwohnungen gewährt. Sie werden nicht gegeben für Betriebs-, Lot- und Werkwohnungen. Eine Ausnahme besteht nur bei den Elternwohnungen, die aber nur ein Obdach und keine Wohnung sind. Die Darlehen werden bis zu 5000 Mark gegeben und dürfen zwei Drittel der Baukosten überschreiten. Seit dem 24-jährigen Bestehen der Wohnungsförderungsanstalt wurden von ihr insgesamt 20 000 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 74 Millionen Mark geliefert. Damit steht Württemberg von allen deutschen Ländern an der Spitze. Die Zentralisierung der Wohnungsbauförderung in Württemberg ist der besonderen Einrichtung der Wohnungsförderungsanstalt hat den Vorteil, die Mittel gleichmäßig zu verteilen, ein Wohnungsprogramm krasser durchzuführen, eine Wohnungspolitik vom Landesinteresse aus zu betreiben und den Staatskredit besser auszunutzen. Der Vermögensstand der Wohnungsförderungsanstalt betrug am 1. Januar 1927 20 Millionen Mark. Anleihen wurden für 50 Mill. Mark aufgenommen. Die Gebäudeversicherungsteuer wird in ihrer jetzigen Form nicht aufrecht zu erhalten sein. Die Befreiung der Gebäudeversicherungsteuer ohne Ersatz bedeutet aber die Einstellung der Wohnungsbauförderung durch die öffentliche Hand. Mit Bedauern stellte der Redner fest, daß aus der Gebäudeversicherungsteuer in Württemberg nur 11 Mill. Mark jährlich dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, während das kleinere Baden jährlich 24 Mill. Mark bergibt. Der Rest muß in Württemberg eben durch Schuldenmachen aufgebracht werden. Für 1927 hat die Verhältnisse günstig. Die Anstalt hat mit der Bekämpfung von Gefahren für das neue Jahr bereits begonnen. Schon jetzt liegen über 10 000 Gesuche vor. Der Redner übte sodann Kritik an dem neuen System der Hinderungsverhältnisse und an der Denkschrift des Reichsbürgerrats. Eine weitere Aufgabe der staatlichen Wohnungspolitik ist die Erhaltung der alten Wohnungen. Auch nach der Einführung der freien Wirtschaft werden die Wohnungsämter nicht fallen können, sondern sie werden die Wohnungsaufsicht weiter ausüben müssen. Zum Schluß sprach der Vortragende noch über die Frage der Zuvicherung der Wohnungen, die er empfahl. Die Rede wurde von der großen Beclamung mit großem Beifall aufgenommen. An der Nachmittagssitzung sprach sodann Oberregierungsrat Doppel-Dresden über das Problem der Hausinsolvenz und die Frage der Grundsteuer.

Staatspräsident Bazille in Tübingen.
 Schönegeisel, raubes und unfreundliches Wetter grüßte den württembergischen Staatspräsidenten bei seinem Eintritt in die alte Württ. Stadt, deren Universität und Stadtverwaltung

kein erster offizieller Besuch zugleich in seiner Eigenschaft als Kultusminister galt. Viel freundlicher dagegen waren die Begrüßungsworte aus beiden Seiten. Die Begrüßung in der Universität trug durchaus einfachen Charakter. Sie vollzog sich im Senatssaal des Universitätsgebäudes; der gesamte kleine Senat der Universität war durch Kanzler, Rektor und die Dekane der verschiedenen Fakultäten vertreten. Daran anschließend besuchte der Staatspräsident einige größere Universitätsinstitute und begab sich gegen 12 Uhr zur Begrüßung durch die Stadtverwaltung auf das Rathaus. Universitätsgebäude und Rathaus haben in den Farben Württembergs und der Stadt Tübingen geflaggt. In der Begleitung des Staatspräsidenten befanden sich Präsident v. Bälz, Ministerialrat Bauer, vom Kultusministerium, Oberregierungsrat Dr. Weiswänger und Regierungsrat Vogel von der Pressestelle des Staatsministeriums.

Tübingen, 22. Jan. Der Staatspräsident setzte am heutigen Tag die Besichtigung der Universitätsinstitute fort. In Begleitung der Herrn, die schon gestern an den Besichtigungen teilgenommen hatten, machte er zunächst dem missionsärztlichen Institut einen Besuch. Daran schloß sich die Besichtigung des Musikinstituts im Pfleghof und die der alten Aula mit dem musikhistorischen Institut. Kurz nach 10 Uhr trat der Staatspräsident in Begleitung des Oberbürgermeisters, des Oberamtmanns und Stadt-Beamter eine Rundfahrt durch die Stadt an. Dabei wurde das Hölderlinzimmer im Redarbad, das Uhlendbad, das städt. Elektrizitätswerk besucht und dann die neu angelegte Dannerstraße Rundweggruppe in den städt. Anlagen. Der nächste Besuch galt dem Schloß und den dort untergebrachten Instituten: dem geographischen Institut, dem urgeschichtlichen Institut, dem Predigerinstitut, wo die neue Orgel vorgeführt wurde und der Turnhalle. Um 1/1 Uhr fand in der Wohnung des Rektors Dr. Ullig auf dem Schloß ein Frühstück im englischen Kreise statt. Nachmittags fand der Staatspräsident zunächst seiner Verbindung auf dem Württemberger Haus einen Besuch ab. Daran schlossen sich noch die Besuche der beiden theologischen Anstalten, des evang. Stifts und des kath. Wilhelmstifts. In den späteren Nachmittagsstunden erfolgte die Rückkehr nach Stuttgart.

Neuer Zwischenfall in Gernmersheim?

Gernmersheim, 22. Jan. Die pfälzische Öffentlichkeit beschäftigt sich mit einem Vorkommnis, das sich am 4. Januar nachts in Gernmersheim ereignete und das durch die Schuld des daran Beteiligten erst heute bekannt wird. In der fraglichen Nacht ist ein Handwerksbursche aus Fehrbach in Oesterreich von zwei französischen Soldaten mit roten Mützen überfallen worden, die allem Anschein nach ein Sittlichkeitsverbrechen an ihm begehen wollten. Der Handwerksbursche rettete sich mit Schmittwunden an der Hand und Schlägerverletzungen am Bein zu einem Bahnhofsarbeiterhaus. Der Vorfall wurde der französischen Gendarmerie angezeigt. Der Handwerksbursche selbst hat sich aber wahrscheinlich aus Furcht vor Unannehmlichkeiten aus Gernmersheim entfernt.

Ein französisches Kriegsgerichtsurteil.

Landau, 21. Jan. In der gestrigen Sitzung des französischen Kriegsgerichts hatte sich der Fuhrunternehmer Karl Müller in Landau wegen Körperverletzung gegenüber einem Mitglied der Befehlungsarmee zu verantworten. Am 10. Oktober v. J. befand sich Müller mit seinem Pferdegespann am Paradeplatz in Landau. Als er die Pferde antreiben wollte, streifte er zufällig mit der Peitsche einen in der Nähe stehenden französischen Sergeanten an Rodarmel. Dieser nahm ebenso wie seine beiden Begleiter keine Ratsch von der an ihm begangenen Körperverletzung. Erst auf Betreiben des zweiten Staatsanwalts am Kriegsgericht Landau, Valanne, der den Vorgang mit angesehen hatte, ließen die Soldaten dem Fuhrwerk nach und stellten die Personalien des Müller fest. Der in der Verhandlung als Zeuge aufgetretene Staatsanwalt Valanne will gesehen haben, wie Müller absichtlich einen Peitschenhieb in die Gruppe der drei französischen Soldaten ausgeführt habe; diese selbst behaupten das Gegenteil; der getroffene Sergeant gab an, er habe nicht den geringsten Schmerz verspürt, da die Peitsche nicht die Haut, sondern nur den Rodarmel gestreift habe. Der die Anklage vertretende dritte Staatsanwalt bestritt eine Geldstrafe von 100 Franken. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten mit 3 gegen 2 Stimmen der absichtlichen Körperverletzung schuldig und verurteilte ihn unter Zustimmung mildernder Umstände zu 25 Franken Geldstrafe.

Die Franzosen drohen mit einem Strafverfahren gegen den Oberbürgermeister von Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 22. Jan. Die französische Befehlungsbehörde in Kaiserslautern hat im Auftrag des kommandierenden Generals des 22. französischen Armeekorps dem Oberbürgermeister der Stadt mitgeteilt, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet würde, wenn das durch den Requisitionsbefehl vom 21. Dezember 1926 beschlossene Doppelhaus der Goglab (Gemeinnützige Altersheimstätten für Angestelltenfamilien) nicht bis zum 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, geräumt sei. Die französische Befehlungsbehörde scheint demnach gewillt zu sein, die Beschlagnahme dieses Doppelhauses zur Unterbringung von vier französischen Unteroffiziersfamilien trotz der Vorstellungen der deutschen Stellen aufrecht zu erhalten. Das betreffende Haus gehört zu den fünf Doppelhäusern, die im Jahre 1926 mit Zuschüssen des Staates und mit Hilfe der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von der Goglab aus den Aufwendungen der Heimstättenbehörde und den Beiträgen der übrigen Mitglieder erbaut wurden. Den Vermittlungen der Stadtverwaltung und der Goglab sowie des Reichskommissariats ist es bisher nur gelungen, von den ursprünglich beschlaggenommenen zwei Doppelhäusern mit zusammen acht Wohnungen, die Freigabe des einen Hauses zu erreichen. Die Beschlagnahme des anderen Doppelhauses wurde dagegen aufrecht erhalten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 22. Jan. Das geschäftsführende Reichskabinetts

hielt heute vormittag eine Sitzung, die sich mit gewissen Fragen beschäftigte, die nicht mehr aufschiebbar waren. Diese Vereinbarungen wurden vom Reichskabinetts genehmigt. Sie stellen lediglich eine Ausarbeitung von Vorschlägen dar zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen. In diesem politischen Kreise glaubt man, daß diese Vorarbeiten die Grundlage bilden können für das endgültige Uebereinkommen. Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß Deutschland auch hier wiederum große Opfer gebracht hat. Die Verhandlungen drehen sich um vier Punkte, nämlich um Halbhabitate, Schiffsmaschinen, Spezialkriegsmaschinen und optische Geräte. Der weitere Gang der Dinge ist nun der, daß die vom Reichskabinetts genehmigten Vereinbarungen der Vorkonferenz zugehen, bei der die endgültige Entscheidung liegt. Man hofft, daß die Vorkonferenz sich dem Standpunkt über diesen Sachverhalt angeschlossen wird. In diesem Falle würde dann auf Grund des endgültigen Uebereinkommens die Reichsregierung einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, der von den zuständigen parlamentarischen Stellen zu genehmigen wäre.

Marx nimmt den Auftrag an.

Berlin, 22. Jan. Amtlich wird gemeldet: Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Reichspräsidenten. Er berichtete über die gestrigen Beschlüsse des Zentrumskongresses und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Ausland.

Rom, 22. Jan. Zwei antifaschistische Italiener in Venedig sind verhaftet worden.

London, 22. Jan. Eine Mitteilung des englischen Außenamtes betont, daß die militärischen Maßnahmen in China nur Verteidigungscharakter tragen.

Galender in Oletowig.

Reuthe (Oberhessen), 22. Jan. Auf Einladung der zuständigen deutschen Behörden nahm gestern der Präsident der genähten Kommission, Galender, eine Besichtigung des Oletowiger Gerichtsgefängnisses vor. Dieser Besuch steht im Zusammenhang mit der Debatte der polnischen Presse über angebliche skandalöse Zustände im Oletowiger Gerichtsgefängnis.

Polnische Anschuldigungen gegen Deutsche.

Kattowig, 22. Jan. Anlässlich einer Feier von Ausländern in Stabochau wurden drei junge Leute von einer Reihe von Teilnehmern überfallen und mit Stöcken verprügelt, weil die jungen Leute deutsch sprachen. Ein Arbeiter erhielt dabei nicht weniger als sechs schwere Kopfwunden.

Der französische Gesandtenwurf über die „Nation in Waffen“.

Paris, 21. Jan. Vor dem Ausschuss der Kammer hat der Sozialist Paul Boncour über den Gesandtenwurf betreffend die allgemeine Organisation der Nation für Kriegszustand Bericht erstattet. Als hauptsächlichste Grundzüge, die bei diesem Gesandtenwurf bestimmend waren, gab Boncour folgende an: 1. Man kann nicht verkennen, daß trotz der Entwicklung der internationalen Solidarität und trotz der entschlossenen Friedensbemühungen Frankreich ein Krieg möglich ist. Die Vorbereitungen der nationalen Mobilisierung werden auf alle Formen der Tätigkeit des Landes bezogen müssen. 2. Die Organisierung für Kriegszustand muß der politischen, verwaltungs- politischen und wirtschaftspolitischen Organisation in Friedenszeiten angepaßt werden. Im allgemeinen führte Boncour noch aus, daß der Gesandtenwurf den Grundgedanken, daß die Pflicht, an der nationalen Verteidigung teilzunehmen, sich auf alle Franzosen bezieht und auf alle Leistungen bezieht. Außerdem soll in dem Entwurf der Regierung das Requisitionsgesetz eingeändert werden, das bisher nur Militärbehörden und Marinebehörden zulaßt. Außerdem soll die Regierung die Möglichkeit haben, sich das Eigentum an den die nationale Verteidigung interessierenden Erfindungen zu sichern.

Provinzielle Autonomie für Elsaß-Lothringen.

Paris, 22. Jan. Zwei elsässische Abgeordnete, die durchweg der Rechten angehören, haben in der Kammer einen Gesandtenwurf eingebracht, der Elsaß-Lothringen eine größere provinzielle Autonomie geben soll. Die Abgeordneten weisen darauf hin, daß die Unzufriedenheit im Elsaß lediglich auf die schematische Anpassung an das übrige Frankreich zurückzuführen sei. Das Elsaß wünsche wohl am nationalen Leben Frankreich teilzunehmen, aber es fordere für sich selbst eine größere regionale Selbstverwaltung, die ihm gestatte, eigene wirtschaftliche und geistige Zentren auszubilden. Die Abgeordneten fordern daher die Schaffung eines Landesrats, der im allgemeinen nationale Fragen mit beratender, in regionalen Fragen aber mit entscheidender Stimme und Gehörungsverwaltung ausgestattet werden soll. Dieser Landesrat soll nach direkten Wahlen gewählt werden und soll auch das autonome Regionalbudget festlegen.

Ginspruch Russlands gegen den Rumänienvertrag.

Paris, 21. Jan. Der russische Botschafter Rakowski hatte gestern mit Briand eine Besprechung über die französisch-russische Schuldenfrage. Wie weiter mitgeteilt wird, hat der russische Botschafter eine Note überreicht, in der die Moskauer Regierung dagegen protestiert, daß Frankreich Rumänien den Besitz Bessarabiens garantierte.

Gegen das Mexiko-Abenteuer.

New York, 22. Jan. Der Rufenauslaß des Senats nahm mit 13 gegen 3 Stimmen den Bericht an, der die Robinsonsche Resolution über schiedsgerichtliche Regelung der Streitfragen in Mexiko bekräftigt. Die Resolution dürfte in den nächsten Tagen im Plenum verabschiedet werden, doch wird ausdrücklich betont, daß sie für das Staatsdepartement nicht bindend ist. Senatorrazier brachte eine Resolution ein, die dem P...

deuten das Recht abpricht, ohne Zustimmung des Senats die bewaffnete Macht Amerikas während der Kongressferien gegen Mexiko einzusetzen. Der Präsident soll verpflichtet sein, den Kongress sofort zu einer Extra-Session einzuberufen, sowie er die Einsetzung militärischer Streitkräfte beabsichtigt.

Die Lage in China.

Washington, 22. Jan. Die Nachrichten aus China lauten sehr beunruhigend. In amtlichen Kreisen fürchtet man um das Schicksal der Fremden, wenn die Unruhen anhalten sollten. Gegenwärtig befinden sich in China etwa 8000 amerikanische Matrosen und Marinesoldaten, 56 amerikanische Kriegsschiffe halten sich in chinesischen Gewässern auf. Aus Guam sind nach Manila weitere 250 amerikanische Marinesoldaten unterwegs zum Transport nach China.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 22. Jan. (Stimmungsbild zum Neujahr des Oberamtsgebäudes.) Lustig blüht die Sonne vom Winterhimmel und warf blaue Lichter auf die weiten Schneefelder. Auf dem Hof des neuen Oberamtsgebäudes aber wurde es lebendig; die es vollbracht hatten in harter Arbeit, standen nun dort oben, nachdem der Richtspruch von Zimmermeister Krebs gesprochen, drei Häuser vom Dach geschleudert waren, erlangt so trant und heimlich: „Im schönsten Wiesengrunde“. Dann aber wollte der Materialismus ebenfalls zu seinem Rechte kommen und — Germania sei's Barmherzig! — Nach einer herzlich willkommenen Ansprache von Oberamtmann B. e. m. p. v., in der er insbesondere auf die wirtschaftliche Not in Beziehung auf das Bauhandwerk hinwies, ging es an ein frohliches Telegeschloß. Vier Meisterei sind bescheiden, vollends wenn wir eine Pundelbrot- und Wirturst mit Salat bekommen; noch etliche Zigarren und jedermann ein Taidentuch — Derz, was begehrt du mehr? — Das Derz?! — nichts, um so stürmischer aber die Kehle. Wirt, roll das Fass herein — und das war es, was die Jungen löste. Jede folgte auf Jede, ernst und heiter; Gesang wechselte mit Gegenbesang in bunter Reihenfolge. So eilte Stunde auf Stunde dahin; auch dieser Richtspruch nahm ein Ende und am anderen Morgen lagte die Frau und brumte der Schädel! — A. R.

Neuenbürg, 22. Jan. (Jahresplan-Konferenzen.) Die bisher immer in Nord abgehaltenen Jahresplan-Konferenzen für das obere Karsttal, das Erz- und Ragoldtal und Seitenlinien werden heuer erstmals getrennt abgehalten werden und zwar für die Karstalbahn und ihre Seitenlinien in Nord, für die württembergische Schwarzwaldbahn, die Gans, Ragold- und Erzbahn in Borsheim. Diese Teilung, die eine eingehendere Behandlung der immer mehr zunehmenden Jahresplan-Konferenzen gewährleistet, entspricht den Wünschen der in Betracht kommenden Betriebskreise.

Neuenbürg, 22. Jan. (Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte.) Die Gewährung der erhöhten Steuerfreileistungen für kriegsbeschädigte Arbeitnehmer ist in dem Reichsfinanzministerium am 9. Dezember 1920 im E. 9500 neugeregelt worden. Es heißt dort u. a.: a) Die Erhöhung des gesamten steuerfreien Lohnbetrages von 100 R. M. monatlich um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung ohne Einzelnachweis ist allen erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten zu gewähren, die nach deutschen Verordnungen mindestens um 5 v. H. Erwerbsbeschränkt sind. Die Erhöhung gilt, da sie in der Hauptphase ihren Grund in den besonderen, durch die Kriegsbeschädigten verursachten Ausgaben hat, die bei der Ausübung einer Erwerbstätigkeit entstehen, nur für den Steuerabzug von den Lohnbezügen aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis, nicht dagegen für den Steuerabzug von Ruhegehaltsbezügen für frühere Dienstleistungen. Aus Billigkeitsgründen gelten die gleichen Vergünstigungen, wie sie erwerbsfähigen deutschen Kriegsbeschädigten inwieweit ist, auch den österreichischen Staatsangehörigen, die während des Krieges 1914/18 in der deutschen Wehrmacht Dienst geleistet haben und versorgungsberberechtigt sind und den früheren österreichischen Staatsangehörigen, die als solche der früheren österreichisch-ungarischen Wehrmacht angehört haben, nach dem Oester. Invaliden-Entschädigungsgesetz versorgungsberechtigt sind und vor dem 17. August 1921 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben.

Neuenbürg, 22. Jan. (Verabschiedung für Reichsnotopfer.) Auf die zum 22. d. M. im Staatsanzeiger erscheinende Bekanntmachung über Gewährung von Verabschiedungen an bedürftige Personen, die ihr Reichsnotopfer in Kriegsangelegenheiten und hierfür eine Entschädigung in Kriegsangelegenheiten oder Arbeitsbeschuldigung nicht oder nur zu einem Teil erhalten haben, wird hingewiesen. Solche bedürftige, d. h. erwerbsunfähige oder am 31. Dezember 1920 mindestens 60 Jahre alte Personen, deren Vermögen nach der letzten Veranlagung nicht mehr als 10.000 R. M. und deren Einkommen nicht mehr als 3000 R. M. betrug, werden zur Stellung eines Antrags aufgefordert, der spätestens bis zum 31. März 1921 bei dem zuständigen Finanzamt einzureichen ist; Antragsvordrucke sind beim Finanzamt erhältlich.

Die Toten schweigen nicht...

69

Roman von Pola Stela.

Und was konnte es sonst sein, das sie hier suchte? Doch sie nicht aus Freundschaft zu Elena kam, glaubte das junge Mädchen fest. Ihr Gefühl lag nicht. Es hatte sie noch nie betrogen. Sonja Ivanowna war, trotz aller zur Schau getragenen Herzlichkeit und Zärtlichkeit, nicht ihre wahre Freundin.

Kam sie wegen des Vaters? Das Interesse des Kommerzrats für die schöne Frau qualte und ängstigte Elena seit Eriks Tod. Wie war die alte vertraute Herzlichkeit zwischen Vater und Tochter wieder entstanden. Jemand etwas lag trennend zwischen ihnen — es war die Reizung des alternden Mannes für die schöne Freundin seiner Tochter, die Elena als Schmerz und ewige Bedrohung ihres Lebens empfand.

Aber es schien ihr unmöglich, das Sonja Ivanowna, so herzlich, so freundschaftlich liebenswürdig sie gegen den Vater auch war, diese Reizung erwidern konnte. Ihre Liebe hatte dem Toten gehört, er war mehr in ihrem Leben gewesen als ein flüchtiges Spiel, als ein Spiel, eine Laune. Sie liebte ihn heute noch.

Denn warum kam sie sonst so oft in dies Haus? Warum wollte sie immer und immer wieder im Atelier sitzen, in dem Raum, in dem er am meisten und liebsten gewohnt, in dem er geschlafen hatte? Wor das nicht ein Beweis ihrer bis heute noch nicht vergangenen Leidenschaft? Feigte sich so nicht die Trauer um einen verlorenen Menschen? Oder war es etwas anderes, das Sonja Ivanowna in Eriks Atelier suchte?

Immer noch stand ihr Porträt dort oben. Noch hatte sie sich nicht entschließen können, es in ihre Wohnung zu

Neuenbürg, 21. Jan. Mehrere größere Berichte mußten für die morgige Nummer zurückgestellt werden.

(Wetterbericht.) Zwischen Hochdruckgebieten im Nordosten und Südwesten schoben sich über Mitteleuropa hinweg Ausläufer einer atlantischen Depression. Für Dienstag und Mittwoch ist deshalb Fortsetzung des mehrfach bedeckten und auch zu zeitweiligen Schneefällen geneigten Wetters zu erwarten.

Virtensfeld, 21. Jan. Wie aus dem Informatenteil ersichtlich ist, findet am nächsten Mittwoch, abends 1/6 Uhr, im Gasthaus zum Adler eine Versammlung zwecks Gründung eines Gewerbevereins statt. In dieser Versammlung ist Herr Eberhard, Syndikus der Handwerkskammer in Neutlingen, gewonnen, der einen Vortrag über Ziele und Zwecke eines Gewerbevereins halten wird. Alle hiesigen Geschäftsleute, sowie Freunde und Gönner der Sache sind herzlich eingeladen.

Württemberg.

Stuttgart, 22. Jan. (Kinderbeihilfe an Kindern von Größlichen.) Der Co. Vorkläger hat eine Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen in gesetzlich nicht geregelten Fällen erlassen. Demnach kann den Größlichen für unterhaltberechtigten Kindern vom vollendeten 21. bis 24. Lebensjahr unter bestimmten Voraussetzungen eine wöchentliche Beihilfe bewilligt werden.

Canstatt, 22. Januar. (Opfer der Arbeit.) In der Fabrik Norma malle der 49 Jahre alte Maschinenmeister Schmidt aus Fellbach an der Transmissions einer Drehbank die Lagerschrauben im Lagerbuch anziehen. Als der Arbeiter die Leiter hoch wollte, brach der Lagerbuch und das Vorgelege begrub den Arbeiter unter sich. Der Arbeiter war sofort tot.

Heilbronn, 22. Jan. (G. Schaeffersche Papierfabrik L. G. in P. u. a. b. o. — Ein württembergischer Graf als Konzertmeister.) Die Liquidation der Gesellschaft macht gute Fortschritte, insbesondere konnten die Warenverträge und ein großer Teil der Maschinen in befriedigender Weise veräußert werden. In vertrieben seien auch neben kleineren Vermögenswerten die Fabrik in Pfullingen und das Hauptfabrikantenwerk in Heilbronn mit Wohngebäude, Wasserwerk, Stromvertrag usw. — Alfred Graf von Neipperg veranstaltet Donnerstag den 3. Februar im Harmonieaalbau mit dem verklärten Orchester des Stadttheaters ein Symphoniekonzert, bei dem seine Frau, Marie Gräfin von Neipperg, als Gesangs-Solistin mitwirkt. Der Graf wird das Konzert selbst dirigieren und auch die Klavierbegleitung der Gesänge übernehmen.

Neckargartach, 21. Heilbronn, 22. Jan. (Aufwertung.) Der hiesige Reichsbankverein hat auf Weihnachten letzten, nicht mehr arbeitfähigen Sparern abschlägig an Aufwertung, je nach Einlage und Bedürftigkeit, sehr schöne Beträge ausbezahlt, die den alten Leuten große Freude und Dank bereiteten. Der Verein ist in der Lage, die 270.000 Mark betragsenden Spar- und Reichensgelder bis 1932 anwerten zu können.

Schramberg, 22. Jan. (Zur Bierpreisfrage.) Die am Mittwoch stattgehabten Verhandlungen zwischen Brauer, Wirten und Konsumvereintreten bezüglich niedrigeren Preisauflage führten zu keinem Ergebnis. In einer in der Turnhalle abgehaltenen Versammlung aller Gemeindefürsorgeinstellen wurde beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, entweder ganz auf den Biergenuss zu verzichten oder nur jene Wirtschaften zu besuchen, die bloß um einen Pfennig aufgeschlagen haben.

Völklingen, 22. Jan. (Bau von Städt. Ein- und Zweifamilienhäusern.) In der letzten Gemeinderatsitzung wurde der Bau von 16 städtischen Drei- und Vierzimmerwohnungen beschlossen. Die Baukosten werden sich auf circa 100.000 Mk. belaufen, 80.000 Mk. dürften von der Wohnungsreformkassa zu 3 Prozent zur Verfügung gestellt werden.

Spaltingen, 23. Jan. (Biersteck.) Ein großer Teil der Bevölkerung in Stadt und Land ist wegen des Bieraufschlags von 15 auf 17 Pf. in den Steuerrufen. Wenn man erhält man in Gaststätten ein Bier, das bereits zwei Tage im Kühlschrank. Wenn dies so anhält, wird mancher Biertrinker sich rasch an die Abgewöhnung des Alkohols begeben.

Spaltingen, 22. Jan. (Eingegangene Zeitung.) Die „Spaltinger Zeitung“ (Herausgeber: J. Soland), die im November 1920 als Konkurrenzblatt gegen den „Hübnerer Boten“ ins Leben trat, hat ihr Erscheinen wegen Unrentabilität eingestellt.

Völklingen, 22. Jan. (Ein Rauch gestorben.) Den Verletzungen erliegen. Ein Steinbrucharbeiter in Klingenfeld wurde von seiner Hausfrau tot im Bett aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß der Tod durch übermäßigen Genuss stark wickenden Alkohols eingetreten war. Der Steinbrucharbeiter Huber aus Schmiedern, der durch Herabfallen eines Steins aus größerer Höhe schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen im hiesigen Bezirkskrankenhaus erlegen.

Ravensburg, 22. Jan. (Das Ende einer kleinen Beamtentochter.) Wegen Unterbringung im Amt war vom Schöffengericht Ravensburg am 11. August v. J. der 42 Jahre alte Telegraphenbetriebsassistent Karl Josef Fuchs aus Soultgau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nun hatte sich Fuchs wiederum wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten; die Vorfälle liegen schon drei Jahre zurück und kamen ganz zufällig zur Kenntnis der Behörde. Es handelte sich um Beträge von zusammen nur 40 Mark, die Fuchs an Handwerksmeister nicht abgeführt hatte, die für die Telegraphenvermittlung Arbeiten auszuführen hatten. Als

nehmen. Das wirkte sehr seltsam, beschäftigte und beunruhigte Elena. Die Gräfin kam, um sich ihr Bild anzusehen, sie blieb oft lange. Aber in ihrem eigenen Heim würde es sie töten und aufregen, behauptete Sonja Ivanowna.

Elena verneigte es, die Gräfin in Eriks Atelier zu sehen. Sonjas Anerbieten in der ersten Zeit, sie allein hinaufgehen zu lassen, da Elena nach ihrer Ansicht den Raum nicht betreten sollte, um sich zu schämen, um ihre Ketten nicht mit neuen Erregungen auszuüben, hatte das junge Mädchen nicht angenommen. Denn sie witterte mit ihren überstürzten Sinnen, die so sehr angepannt waren seit dem Tode, in Sonja Ivanownas barmherzig klingenden Freundschaftsworten sofort den Wunsch der Frau, im Atelier Eriks allein zu sein.

Also suchte sie dort oben etwas. Und nach diesem Tage schloß Elena das Atelier ab, ließ es nur säubern in ihrer Gegenwart und von keinem betreten, den sie selbst nicht begleitete.

Wieder und wieder hatte sie selbst, hatte der Detektiv den Raum durchsucht. Er konnte kein Geheimnis mehr bergen. Und dennoch sollte keiner ihn betreten ohne ihre Gegenwart.

Elena hatte auf Sonja Ivanowna keinen Verdacht. Aber ihr Herz, ihr Gefühl warnten sie immer wieder vor dieser Frau, die sie betrogen hatte, als Erik noch lebte, die also ihre Feindin war. Doch sie sie dennoch in ihrem Hause empfing, daß sie ihre Gesellschaft litt, geschah, weil Elena an ein Geheimnis glaubte, das Sonja Ivanowna mit dem Toten verband. Um dieses Geheimnis kam sie so oft ins Haus. Und einzig um diesem Rätsel endlich auf die Spur zu kommen, duldete Elena sie.

Ob die endliche Entdeckung, wenn sie ihr einmal glückte, ihr nützen würde, ob sie Herbert Ruperto entlasten konnte,

Beweggrund gab Fuchs, der einen Erhalt von netto 135 Mark bezog, seine Kollage an, er ist Vater von zwei Töchtern und hatte Schulden machen müssen, da seine Tochter heiraten wollte. Das Gericht erteilte Fuchs zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis.

Langenan, 23. Jan. (Grundstückskäufe der Stadt Stuttgart.) Stadtschultheiß Dr. Haller gibt die Namen von fünf Einwohnern bekannt, die trotz aller Belehrungen und Warnungen ohne jede Rücksichtnahme auf lebenswichtige Interessen der Gemeinde Grundstücke an die Stadt Stuttgart verkauft haben. Der Gemeinderat beschloß, diesen Mitbürgern die Gemeinbenutzungen auf Grund der Ziffer 4 der W. m. a. b. o. Bestimmungen vom 20. Oktober 1896 mit sofortiger Wirkung bauernd zu entziehen. Die Stadt Langenan ist jetzt durch diese Verkäufe gezwungen, unter wesentlich erschwerten Umständen den Kampf in der Wasserfrage aufzunehmen. In einem Fall soll die Kaufkommission nachts 10 Uhr einen der Verkäufer aus dem Wohnort geholt haben, um in dessen Wohnung die Vorvollziehung vorzunehmen. Wie die W. m. a. b. o. Bestimmung schreibt, bekommt man dadurch den Eindruck, daß die Kommission das Tageslicht scheut, wenn sie in so später Stunde ihre Tätigkeit ausübt. Die Bevölkerung vertraue auf den Gerechtigkeitssinn der württ. Regierung, die dem Skandal hoffentlich bald ein Ende mache.

Friedrichshafen, 22. Jan. (Verkauf der Bodenseebampfschiffahrt? — Das Räthsel aus der Fremde.) Wie verlautet, geht man in Oesterreich und der Schweiz mit dem Gedanken an, nicht rentierende Teile der Bodenseebampfschiffahrt in private Hände überzuleiten, was nach den vertraglichen Bestimmungen der Reichsbahnbahnen nicht verhindert werden könnte. Es wäre wohl gut, wenn die amtlichen Stellen sich dazu äußern wollten. — Eine Tochter aus achtbarer Familie auswärts wollte einen Ausflug in die Welt unternehmen und hatte sich dabei Friedrichshafen ausersehen. Hier stieg sie in einem Gasthof ab, wofür die von ihr ausgeworfene Menge nach Silberfischen zwar etwas einbrachte, aber doch nicht genug, um auf die Dauer das Leben fristen zu können, trotzdem sie sich als Nichte eines hiesigen Herrn ausgab. Als dann die Moneten auf die Menge gingen und kein Bleibselchen mehr zu sehen war, verließ sie das Hotel spurlos unter Zurücklassung einer größeren Forderung. Aber die Erinnerung an froh erlebte Stunden und Abenteuer jagte an wie ein Magnet und so quartierte sie sich in einem zweiten Gasthof ein, wo sich dann die Polizei für den Stern interessierte. Heute gibt die helle Maid rüchlich, ohne Wein und Kavalier.

Kalen, 22. Jan. (Aufwertung.) Der Gemeinderat beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Aufwertung der städtischen Anleihen. Bis heute wurden von 761 Gläubigern angemeldet: Anleihen von 1821 187 Goldmark, Anleihen von natürlichen Personen 42 380, von juristischen Personen 285 107 G. M., mit Papiermark getilgte Anleihen 65 873 G. M., zusammen 2 214 557 G. M. Der Gemeinderat beschloß, die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubefehl beizubehalten und den Altbefehl mit 15 Prozent aufzuwerten.

Heidenheim, 23. Jan. (Aufwertung.) Der Aufwertungsbeitrag der städtischen Vorkriegsschulden beläuft sich auf 403 590 Goldmark. Die Abfindung soll erfolgen durch Ausgabe neuer Schuldscheine in Höhe von 144 710 Mark, der Rest mit 258 880 Mark soll vor zur Ausbezahlung kommen und zwar Ende dieses Monats.

Baden.

Wörthel, 22. Januar. In der freierzeit vielumstrittenen Frage des Arbeitsbeginns in der hiesigen Schmalwarenfabrik ist es jetzt zu einer wohl beide Teile befriedigenden Lösung gekommen. Nach den neuesten Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeitnehmerorganisationen beginnt in den Monaten März bis einschließlich Oktober (Sommerarbeitszeit) die Arbeit um 7 Uhr vormittags und endet um 5 Uhr abends, Samstag um 12 Uhr. In den Monaten November bis einschließlich Februar (Winterarbeitszeit) beginnt die Arbeit um 8 Uhr vormittags und endet um 6 Uhr abends, Samstag um 1 Uhr nachmittags. Die Eisenbahn- und Kraftstofffahrpläne werden dieser neuvereinbarten Arbeitszeit hinsichtlich der Berufsruhe angepaßt werden.

Stuttgart, 22. Jan. Da bei den gestrigen Verhandlungen in der badischen Textilindustrie vor dem Schlichtungsausschuß keine Einigung erzielt werden konnte, läßt der Schlichter Badens einen Schlichterspruch vom 1. Januar ab eine Erhöhung der Textilarbeitelöhne um 8 Prozent für die Tagelohnsätze und um 6 Prozent für die Wochenlohnsätze vorstellt. Die Kündigungssfrist ist auf den 1. Oktober 1927 festgesetzt worden. Sollte eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne erfolgen, so kann der Lohnsatz schon am 1. August gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 29. Januar.

Stuttgart, 22. Jan. Heute früh starb hier nach langem, schwerem Leiden Oberingenieur und Betriebsleiter Rudolf Kitzschling, der in jahrelanger Arbeit der Daimler-Benz A. G. seine vielseitige Begabung und sein umfangreiches Wissen zur Verfügung stellte. Die Angestellten und Arbeiter des Unternehmens rühmen ihn als gerechten und hilfsbereiten Vorgesetzten, der ihnen stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Seine Frau und zwei Kinder trauern an der Bahre des Hingegangenen, der sich auch in den außerordentlich fröhlichen und geselligen Kreisen großer Wertschätzung erfreute. Die Trauer um den Toten ist bei allen, die ihn kannten, sehr groß. An seiner bisherigen Wirkungsstätte hinterläßt er eine schwer auszufüllende Lücke.

Jahresplan-Konferenz in Karlsruhe.

Karlsruhe, 19. Jan. Auf Einladung der Handelskammer Karlsruhe fand heute mit Vertretern der Reichsbahn eine sehr gut besuchte Jahresplan-Konferenz statt. Oberregierungsrat Fügado machte zunächst allgemeine Ausführungen über den kom-

mußte und glaubte Elena nicht einmal. Aber sie hatte sich geschworen, nichts, nichts, nicht das geringste unverfügt zu lassen, was ihr helfen konnte, das Rätsel des Todes zu lösen. Und weil sie einen dunklen, von Sonja Ivanowna ängstlich gebühten Zusammenhang mit dem Toten und den Geheimnissen des Nordtages in der Gräfin Leben ahnte, mehr instinktiv empfand, als bewußt glaubte, so hatte sie Sonja Ivanowna schweigend und aufmerksam beobachtet und sich äußerlich ihre Freundschaft anmaßen lassen.

Aber sie hatte nichts erreicht. In zwei Tagen würde Herbert Ruperto vor den Geschworenen stehen.

In zwei weiteren Tagen würde sein Urteil verkündet werden.

Dann war alles vorbei. Dann konnte sie ihm nicht mehr helfen. Dann gab es keine Rettung für ihn. Und dann wollte sie auch Sonja Ivanowna nicht länger in ihren Tagen dulden.

Neuzeitliches Kapitel.

Sie schreckte aus ihrem schweren Sinnen empor, als der Kommerzrentat das Zimmer betrat.

„Guten Abend, Elena!“

Sie nickte ihm müde zu. „So früh schon, Papa?“

„Ja, mein Liebling, ich möchte etwas mit dir besprechen, das trieb mich früher noch Hause.“

„Ich rief vorhin bei dir im Bureau an, aber du warst schon fortgegangen, hieß es.“

„Ich war bei Sonja Ivanowna zum Tee.“

„Schon wieder,“ dachte Elena. Aber sie sprach es nicht aus, um den Vater nicht zu erzürnen.

„Ich hier etwas vorgefallen. Elena, du siehst so furchtbar angegriffen aus!“

(Fortsetzung folgt.)



zu klären. Man ist so optimistisch, zu hoffen, schon am Dienstag an die Personalfrage herangehen zu können. Am Mittwoch will sich der Reichstag mit Rücksicht auf die Thüringer Wahlen verhalten und dann nach seinem Wiederzusammentritt am 3. Februar die Regierungserklärung entgegenzunehmen. In Berliner politischen Kreisen rechnet man mit einem Rechtskabinett mit starkem katholischen Einschlag.

Die Verhandlungen Dr. Marx mit den Deutschnationalen.

Berlin, 21. Jan. Den Morgenblättern zufolge wird in politischen Kreisen angenommen, daß Dr. Marx gestern mit mehreren Politikern, darunter den für das neue Kabinett wieder in Betracht kommenden bisherigen Ministern, die Grundzüge des Regierungsprogramms ausgearbeitet habe, über das er heute mit den deutschnationalen Vertretern verhandeln werde. Die „Montagspost“ will wissen, daß Dr. Marx den deutschnationalen Unterhändlern ganz konkrete Fragen über Republik, Verfassung, Reichswehr und Außenpolitik vorlegen werde. Wie der „Montag“ mitteilt, sind von den Deutschnationalen die Abgeordneten Graf Westarp, Waltraud, Rippel, von Goldacker und der politische Beauftragte der Partei, Treviranus, zu Unterhändlern bestimmt worden. Das letztgenannte Blatt nimmt an, daß bei der Unterredung mit den Deutschnationalen auch Dr. Brauns und Dr. Stresemann zugegen sein werden. Auch mit den Sozialdemokraten dürfte, nach der gleichen Quelle, Dr. Marx noch einmal Rücksprache nehmen.

Zentrumsmaßnahmen an Westarp.

Berlin, 21. Jan. In hieltenlangen Ausführungen im „Berliner Tageblatt“ verbreitet sich Dr. Wirth über den Sinn des Zentrumsmanifestes in der Form einer „Zwiesprache“ mit den Deutschnationalen, wobei er folgendermaßen schließt: „Wir hoffen auf das große, auf das erlösende Wort. Es muß ausgesprochen werden. Westarp drängt uns zu der Frage. Er allein trägt die Verantwortung für die kluge Frage, die wir an ihn und seine Partei zu stellen haben. Jede deutsche Regierung, die nicht feierlich und ernst zur deutschen Republik und ihren Symbolen steht, trägt auf unsere entschiedene Opposition.“ Zu gleicher Zeit schreibt der Dr. Wirth gedanklich und stimmungsmäßig sehr nahe liegende Zentrumsabgeordnete Joos in der „Germania“ einen Kommentar, der offenbar nach gemeinsamen Absichten die Zwiesprache fortzuführen bestimmt ist. Neben die verfassungspolitische stellt Joos schon die außenpolitische Frage. Die Deutschnationalen sollten „Ziel und Methode“ der sogenannten Locarno-Politik anerkennen. Dr. Wirth und Joos haben an der Abfassung des Zentrums-Manifestes bekanntlich an erster Stelle mitgearbeitet.

Italien und Südtirol.

Bozen, 21. Jan. Der neue italienische Verhandlungssekretär der Provinz Bozen, Cav. Levoni, gab bei einem Empfang von Pressevertretern die Erklärung ab, daß die italienische Regierung, wie in ihren Weisungen an die Bozener Provinzialbehörde zum Ausdruck komme, eine aufrichtige Zusammenarbeit aller Kräfte, auch der deutschen, in der öffentlichen Verwaltung wüßte, unter der Voraussetzung der Anerkennung, daß Südtirol dem Mutterland durch den Sieg von Vittorio Veneto wiedergewonnen und ein lebendiger, untrennbarer Bestandteil desselben geworden ist. Die deutschen Pressevertreter haben diese Erklärung zur Kenntnis genommen. Der Präfeld Ricci

empfangt die Vorkände der Kirchensprengel Südtirols zu einer Besprechung der Schulverhältnisse und der Frage des Religionsunterrichts.

Politische Revision im Rouvier-Prozess?

Paris, 21. Jan. Ein Blatt teilt mit, daß Kriegsminister Painlevé auf Grund des kenographischen Berichts über den Rouvier-Prozess in London gegen den Vorsitzenden sowie gegen den Staatsanwalt bzw. Regierungskommissar in diesem Prozess, den Obersten Gillier und den Kapitän Tropea, eine Untersuchung angeordnet habe, da aus dem kenographischen Verhandlungsbericht hervorgehe, daß Kapitän Tropea als Regierungskommissar die Annäherung an Deutschland und gegen den Locarnovertrag ausgesprochen habe. Der Vorsitzende, Oberst Gillier, soll sich deshalb verantworten, daß er diese Äußerung zugelassen hat.

Verhaftung eines italienischen Polizeibeamten in Nizza.

Paris, 21. Jan. Der Redakteur Sacri der in Paris erscheinenden antisozialistischen Zeitung „Corriere degli Italiani“ teilte nach einer Meldung des „Matin“ der Polizei in Nizza mit, daß ein gewisser Canovi ihn in Paris habe überreden wollen, ein Attentat gegen Mussolini zu verüben. Er sei zum Schein darauf eingegangen. Canovi habe in Nizza den Direktor einer anderen antisozialistischen Zeitung angefordert und von ihm Geldunterstützung erbeten. Beim Verhör gestand Canovi, daß er im Sold der italienischen Polizei stehe und das Attentat vorgeschlagen, um die Verhaftung Sacris herbeizuführen.

Ein Autobus vom Expreßzug getrennt.

In Hombroich im Staate Texas raste ein Großauto, das 22 Sportstudenten von einer leistungsfähigen Veranstaltung nach Hause fahren sollte, mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Expreßzug. Der Autobus wurde mit furchtbarer Gewalt umhergewirbelt und vollkommen vernichtet. Bierzehn von den Studenten wurden auf der Stelle getötet. Der Chauffeur des Wagens hatte infolge des unbedingungslosen Rebells den herannahenden Expreßzug nicht früh genug gesehen.

Mobilisierung englischer Reservisten für China.

London, 21. Jan. Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des englischen Kriegsministeriums haben sich die Reservisten der Gruppe A, d. h. diejenigen, die erst im Laufe der letzten beiden Jahre aus dem Heeresdienst ausgeschieden sind, für ihre Abberufung nach China bereit zu halten. Die Reservisten der Gruppe A sollen die bereits in Bereitschaft versetzten vier Bataillone auf Kriegsstärke bringen. Wie es heißt, soll auch ein indisches Bataillon nach China abtransportiert werden.

Die britischen Truppenkonzentrationen in China.

Hongkong, 21. Jan. Drei Kompanien des indischen Bundesarmee-Regiments gehen morgen nach Schanghai ab.

Kalkutta, 21. Jan. Einer Nattermeldung zufolge hat die Regierung zwei Dampfer für Truppentransporte von Kalkutta nach China geordert. Einem unbestätigten Bericht zufolge wird die 20. Brigade bald in Kalkutta eingeschifft werden.

Malta, 21. Jan. Das hier lebende britische Regiment hat Befehl erhalten, sich für die Verschiffung nach China bereit zu halten.

Japan lehnt ein britisches Gesuch um Waffenhilfe ab.

London, 21. Jan. Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge erklären die dortigen Blätter, daß Großbritannien die Unterstützung Japans in seinen Bemühungen, die verlorene Stellung am Yangtse-Klauf wieder zu gewinnen, erbeten habe, die Japaner jedoch höflich abgelehnt haben, indem sie darauf hinwiesen, daß die heutige Lage es erfordere, daß Japan den Gebrauch von Flotten- und militärischen Demonstrationen, die auf Gewaltanwendung hindeuten, zu vermeiden wünsche.

Antibritische Demonstrationen in Singapur.

London, 21. Jan. Wie Reuters aus Dantau meldet, ist es in Singapur in der Provinz Honan zu großen, antibritischen Demonstrationen gekommen. Eine Volksmenge setzte das Gebäude der Britischen Petroleumgesellschaft, wo große Mengen Petroleum lagerten, in Brand. Wie man annimmt, brannten die Gebäude vollständig nieder.

Sportnachrichten.

Fußball. In der Bezirksliga haben mit dem gestrigen Sonntag die Spiele ihren Abschluß gefunden. Der Verein für Bewegungsspiele Stuttgart ist endgültig Meister für den Bezirk Württemberg-Baden. Die gestrigen Spiele brachten folgendes Ergebnis: S.V. Stuttgart gegen Sportklub Stuttgart 3:1, Union Bödingen—S.V. Reilbrunn 0:0, Karlsruhe Fußballverein—S.V. König Karlsruhe 2:2, Freiburger S.V.—Sportklub Freiburg 4:3.

Auch in der Eng.-Redar.-Kreisliga gehen die Spiele dem Ende entgegen. Der 1. S.V. Birkenfeld gewann in schönem, sehr interessantem Spiel gegen den 1. S.V. Pforzheim unerwartet hoch mit 5:0 Toren und behält weiterhin die Spitze in der Tabelle, punktgleich mit dem gestern über den Riechener Fußball-Verein siegreich gebliebenen S.V. Germania Pforzheim, der den Birkenfeldern zudem noch mit einem Spiel voraus ist. Geht es in der nächsten runden Spiel für sich zu entscheiden und in dem Rückspiel gegen den 1. S.V. Pforzheim noch ein Unentschieden herauszubringen, wird es den Pforzheimer West in den kommenden Entscheidungsspielen um den Aufstieg in die Bezirksliga zu vertreten haben und hoffentlich denselben Bezirk in der nächsten Spielzeit in der Bezirksliga wieder vertreten.

In der B-Klasse brachte der gestrige Sonntag eine Uebererraschung. Der bisherige Spitzenreiter in der Tabelle, der S.V. Neuenbürg, mußte sich in Wildbad von dem dortigen S.V. mit 3:4 geschlagen bekennen, nachdem er schon nach zehn Minuten mit 2:0 in Führung lag. Neuenbürgs Rechtsdame mußte infolge zur Verletzung des Spielfeld verlassen und so spielte Neuenbürg nur noch mit zehn Mann. Trotzdem stand das Spiel bis zum Schluß im Zeichen der Ueberlegenheit der Neuenbürgler; allein ein Ausgleich oder Sieg blieb ihnen verweigert. Der S.V. Calmbach wartete dem S.V. Jittersbach mit dem Bombenerfolg von 14:0 Toren auf und setzte sich durch den hohen Sieg wieder an die Spitze der Tabelle. Der S.V. Schwann gewann gegen Höfen mit 2:0, während das Spiel Springweiler—Arnbach nicht ausgetragen wurde.

Maul- und Klauenseuche.

In dem Gehöft des Baumwirts Karl Höl in Birkenfeld, Herrenalberstraße Nr. 8, ist die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden.

Bis auf weiteres gelten folgende Anordnungen:

I. A. Sperrbezirk: Die ganze Gemeinde Birkenfeld mit Feldmark.

B. Beobachtungsgebiet: keines.

C. 15 Km.-Umkreis: Sämtliche Bezirksgemeinden außer Weinberg, Reisenbach, Unterlengenhardt, Jögeloch, Calmbach, Wildbad, Enzklösterle, Döbel, Reusach, Rotensol und Bernbach; ferner Unterreichenbach u. Dornbach, O.A. Calw, sowie die nicht mehr als 15 Km. von dem Seuchenort entfernten badischen Gemeinden.

II. Im Sperrbezirk unterliegen sämtliche Gehöfte der Stallsperrung. Es dürfen aus dem Gemeindebezirk weder Lämmer und Schweine nicht ausgeführt werden, ebenso ist deren Einfuhr und der Durchtrieb oder die Durchführung verboten. Die Fahren- und Ziegenbockfälle bleiben bis auf weiteres gesperrt.

Im 15 Km.-Umkreis ist die Abhaltung von Klauenviehmärkten und marktähnlichen Veranstaltungen (Tierkäufe, Ausstellungen und Prämierungen, wenn dabei Klauenvieh feilgeboten oder gehandelt wird) verboten, ebenso der Handel mit Klauenvieh, insbesondere auch das Auffachen von Bestellungen und das Auffuchen durch Händler. Den Viehbizhären wird wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß jeder Fall eines Verdachts oder Ausbruchs von Maul- und Klauenseuche unverzüglich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen ist; die Verheimlichung oder Verzögerung der Anzeige unterliegt empfindlicher Bestrafung. Im übrigen entsfällt auch jegliche Viehseuchenentschädigung.

Die Ortspolizeibehörden und Landjägerbeamten werden beauftragt, die Einhaltung der bestehenden Vorschriften, insbesondere die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen von außerhalb Württemberg zu überwachen, ferner bei Zuwiderhandlungen jeder Art sofort die erforderlichen Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen bzw. zu veranlassen und gleichzeitig mit Anzeigen vorzugehen. Eine erfolgreiche Bekämpfung der außerordentlich gefährlichen und schädigenden Seuche wird nur möglich sein, wenn die behördlichen Anordnungen von allen beteiligten Kreisen durchgeführt werden.

Für ortsbühliche Bekanntgabe des Vorstehenden wollen die Herren Ortsvorsteher alsbald Sorge tragen.

Neuenbürg, den 24. Jan. 1927.

Oberamt: Rempp.

Birkenfeld.
Unser kleines Vorstands-
Eh-paar hat nach langem Hin-
und Her ein kleines
Mädel
bekommen.
Wir gratulieren!
Waldheil.

**Schwarzwald-
Führer**
von Julius Wais
empfiehlt
C. Nech'sche Buchhandlung,
Inh. D. Strom.

Rugholz-Versteigerung

des Bad. Forstamts Langensteinbach.

Montag den 31. Januar ds. Js., vormittags 9 Uhr,
im Rathaus zu Langensteinbach. Aus Staatswald Distr.
„Hermannsgrund“, „Winterhalde“, „Rappensbusch“ und
„Steinig“ (Oberforstwart Schäfer in Obermühlbach) und
„Köpfle“ (Domänenwaldhüter Beutelspacher in Auer-
bach):

27 Fichten IV.—VI. = 14 Fm., 7 Buchen II.—IV. =
7 Fm., 1 Erle V. = 1 Fm., 385 Forstentämme u. Abschnitte
I.—IV. = 378 Fm., 62 Bärchenstämme III.—VI. = 20 Fm.,
153 Fichten- und Tannenstämme III.—VI. Kl. = 34 Fm.,
i. g. 454 Fm. Losausgabe durch das Forstamt.

Stadtgemeinde Wildbad.



**Nadel-Stammholz-
Verkauf.**

Am Samstag den 29.
Januar 1927, vormittags
9 1/2 Uhr, auf dem Rathaus
in Wildbad aus Stadtwald
Meistern, Sommerberg, an
der Linde und Wanne kommen
zum Verkauf in schriftlichem
Ausschreib:

656 St., 461 Za., 189
Fm. mit Fm. Langholz:
Norm. I. Kl. 11, II. 20, III.
115, IV. 140, V. 123, VI. 29.
Ausschreib: I. Kl. 31, II
58, III. 61, IV. 26, V. 18,
VI. 2.

1 St., 43 Za., 24 Fm.,
mit Fm. Sägholz: Norm.
I. Kl. 4, II. 9, III. 10.
Ausschreib: I. Kl. 12, II.
12, III. 6.

Bedingungslose Angebote in
ganzen Prozents der Landes-
grundpreise 1927 ausgedrückt
und mit der Aufschrift „Ge-
bot auf Nadelstammholz“ ver-
sehen sind bis Samstag den
29. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr,
bei dem Stadtschultheißenamt
einzureichen. Eröffnung der
Angebote zu dieser Zeit auf
dem Rathaus. Verkaufsbe-
dingungen und Losverzeichnis
durch die Stadtpflege. Bahn-
station Wildbad.
Stadtschultheißenamt.

Stangen-Versteigerung.

Die Gemeinde Jittersbach versteigert am Donnerstag
den 27. Januar 1927 aus ihrem Gemeindewald nach-
folgende Stangen:

1. Baustangen I. Kl. 305 Stüd.
2. Baustangen II. Kl. 390 Stüd.
3. Hopfstangen 425 Stüd.
4. Hopfstangen I. Kl. 515 Stüd.
5. Hopfstangen II. Kl. 340 Stüd.
6. Hopfstangen III. Kl. 665 Stüd.
7. Hopfstangen IV. Kl. 1570 Stüd.
8. Rohsteden I. Kl. 3335 Stüd.
9. Rohsteden II. Kl. 3525 Stüd.
10. Bohnensteden 6215 Stüd.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.
Jittersbach den 20. Januar 1927.

Der Gemeindevor.

Birkenfeld.

Einladung.

Am Mittwoch den 26. Januar, abends 1/6 Uhr,
findet im Gasthaus zum Adler eine Versammlung zweck

Gründung eines Gewerbevereins

statt, wozu alle hiesigen Geschäftsleute (Gewerbetreibende,
Handwerker, ufm.) sowie Freunde und Gönner der Sache
höflichst eingeladen sind.

Der Einbitus der Handwerkskammer in Reutlingen,
Herr Eberhard, wird über Ziele und Zwecke des Vereins
sprechen. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet

Der prov. Ausschub.

Birkenfeld, 23. Jan. 1927.

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die
schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater,
Schwieger, Groß- und Urogroßvater

**Ernst Heinzelmann, Straßewart a. D.,
Veteran von 1870/71,**

heute nacht nach langem Leiden im Alter von
nahezu 80 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Dienstag nachmittags 3 Uhr.

Papier-Servietten,

mit und ohne Druck, liefert rasch die
C. Nech'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

